

Deutscher Verkehrsbund

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäft. Lohn- und Gehaltsempfänger

Nr. 3

Er erscheint alle 14 Tage.
Bezugspreis vierteljährlich 100 Goldmarken.
Ein Jahrgang 30 Goldmarken.

Berlin, den 7. Februar 1925

Redaktion u. Exped.: Berlin, W. 6, Mühlentischplatz 1.
Fernsprech-Anschluß: Amt 10090003, Nr. 202
Redaktions-Zeit: 3 Tage vor Erscheinen des Blattes.

3. Jahrg.

Arbeiter, schützt die Republik!

Der Bundesausschuß des DGB hat am 30. Januar zu der politischen Lage in folgender Entschiedenheit Stellung genommen:

Der Sieg des Bürgerblocks im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfang die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsidee wie ihres Sitzens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Jedem Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der deutschen Arbeiterschaft entgegenzutreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Rapp-Rußes bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Ruhrkampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vertragsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglicht, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiderrbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor unbilliger Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuß verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Kommunisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesausschuß ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu beweisen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stützen, an dem einheitslichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.

Die Regierung der Kapitalisten.

Es fängt gut an, beschleunigt ein demokratischer Abgeordneter den Regierungsparteien, als sie einen sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung erst stark verwarf und dann durch einen Volksparateller (der weder deutsch noch national ist) die Angelegenheit vertagen ließen, obwohl in der Kommission beschlossene worden war, im Plenum keine weiteren Anträge zu stellen. Die Klitter vom Geldbad fürchten ansehend, daß die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu einer neuen Inflation führen könnte. Der Volksparateller Wolbenhauer, der wider die Vereinbarung handelte und dadurch die so überaus notwendige Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung verschleppte, wandte sich besonders gegen die gleiche Behandlung von weiblichen und männlichen Arbeitern, weil dann die Erwerbslosenunterstützung der Arbeiterin unter Umständen höher sein könnte als der Arbeitslohn. Daß der Herr durch diese Begründung die Schande der Geldgeber seiner Partei enthielte, ist ihm wohl kaum zum klaren Bewußtsein gekommen. In Wirklichkeit fand ja auch die Vögn der Arbeiterinnen eine Schande für die deutschen Unternehmer.

Daß zum Trauerspiel ein Satyrspiel gehört, haben die Komödianten unter Deutschlands Politikern gut be-

griffen. Deshalb hatten die Bolschewiken beantragt, die Erwerbslosenunterstützung derart zu erhöhen, daß ein Arbeitsloser tatsächlich noch dann ein höheres Einkommen gehabt hätte als ein Reichsarbeiter, wenn dessen Lohn nach einem bolschewistischen Antrag um 33 1/2 Proz. erhöht würde. Das ist natürlich ein volkswirtschaftlicher und politischer Unsinn. Originell ist jedenfalls, daß die bolschewistische Presse die Arbeiter anfeuert, nach dem Gothaer Rezept — ausgeleitet von einem gewerkschaftlich unorganisierten Bolschewikenhauptling — überall eine 40proz. Lohnerhöhung zu fordern, während ihre Reichstagsfraktion sich mit einer 33 1/2proz. zufrieden geben will. Aber eins wie das andere ist nichts wie verlogene Karolenspolitik.

Man erzählt von einem griechischen Weisen, der außerordentlich einfach lebte. Einer seiner Schüler wollte den Lehrer übertreffen und kam in einen zerfetzten Mantel gehüllt zu ihm. Nachdem es dem Jüngling nach vieler Mühe gelungen war, die Aufmerksamkeit des Meisters zu erregen, mußte er die bittere Lehre entgegennehmen: Mein Freund, aus den Löchern deines Mantels guckt die Eitelkeit. Aus den Anträgen und der sinnlosen Opposition der Bolschewiken guckt die Eitelkeit der „radikalsten“ Partei, die Sucht, jede andere Oppositionspartei zu übertrumpfen. Mit der Wahrnehmung der gewerkschaftlichen und Arbeiterinteressen überhaupt, hat die bolschewistische Agitationspolitik nichts gemein.

Selten ist diese auf den Effekt gestellte „Politik“ der Bolschewiken so offenbar geworden als bei der Verhinderung einer republikanischen Regierungsbildung im Reich und beim Sturz der verfassungsmäßigen Regierung in Preußen. Wer Preußen hat, hat das Reich, sagte unter Bebel einmal. Die Bolschewiken haben das sehr gut begriffen. Jubelnd stimmten sie im Preussischen Landtag einem bolschewistischen Mißtrauensantrag — jedes Wort eine Lüge — zu. Zwar wurde dadurch keine nach der Verfassung notwendige Mehrheit erreicht, aber da auch keine absolute Mehrheit für die Regierung vorhanden war, trat das Kabinett Braun zurück: Die Bolschewiken haben auch in Preußen der schwächsten Reaktion den Weg gebahnt.

Was den preussischen Arbeitern blüht, wenn sie eine dem Reichskabinett kongeniale Regierung bekommen, dafür gab Herr Schlieben, der neue Reichsfinanzminister, einen Anhalt. Wir erwähnten im Vorartikel der vorigen Nummer bereits die Aufforderung des Reichsfinanzministeriums an den Arbeitsminister, er solle durch Instruktion der Schlichtungsbehörden dafür sorgen, daß die Höhe der Mindestarbeitslohn nicht gehalten würden. Wir wissen, daß diese Anweisung heute noch gilt, und daß die Schlichter sich nicht trauen, gegen den Stachel zu löten. Der arbeiterfreundliche Verfasser dieses Pronuntiamentos ist der neue Reichsfinanzminister Schlieben, der beim Zusammenbruch schwer, sich lieber totschlagen, als unter dem neuen Regime zu leben. Der Herr scheint leider kein Mann von Wort zu sein. Er hält es offenbar mit dem Wort: Sterben für das Vaterland ist schön — leben ist besser. Er lebt noch. Schließen hat bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften eine Rolle gespielt, als sei er jahrelang bei Stumm oder anderen Schlichteindrehern in der Lehre gewesen. Er ist schroff gewerkschaftsfeindlich. Sein war (und ist mehr denn je) das Reich, wo den Beamten mit 10—12000 Mark 71 Proz. und den armen Schächern mit 1000 Mark Jahreslohn 17 Proz. Zulage gewährt wurden. Daß der Herr diesen Kurs auch in Zukunft halten wird, hat er kurz und trocken bereits im Reichstag angezeigt: Der Beiß muß entlastet werden. Das Reich muß durch Erhöhung der Verbrauchssteuern größere Entnahmen erzielen und das „Volk“ soll sich an ein „beschreibenes“ Leben gewöhnen. Das „Volk“, sagte Robespierre einmal mit beifühendem Sarkasmus, das hat die Entrechteten, die Benachteiligten nennen sich die Nation. Schlieben hat sich also mit seinem Gefühl für das kommende Unheil gegen „unberechtigte“ Vorwürfe geschützt. Nicht unbedenklich sein, warnte dieser Freund der Nationalen, sonst kommt die Inflation. Herr Schlieben, daran zweifeln wir nicht, wird von dem Stines aus des Märzendes 1923 gelernt haben, wie man die Mark stützt, um seine Schulden los zu werden. Er hält aber das „Volk“ für reichlich dumm, wenn er bei ihm noch Angst vor diesem „schwachen Mann“ voraussetzt. An den guten Willen des Herrn Schlieben glauben wir schon, aber er und seine Regierungsfreunde sehen heute unter Aufsicht der Entente. (Man ist bald gezwungen zu sagen: Gott sei Dank!)

Die Sozialdemokraten haben einen Antrag eingebracht, den steuerfreien Teil des Lohnes von 60 auf 100 Mark zu erhöhen. Herr Schlieben ließ erklären, das gebe nicht. Daburch würde (angebl.) die Steuereinnahme um 600 Millionen Mark gelenkt — na, und das geht doch wirklich nicht, nachdem die nationalen Regierungsmänner an die nationalen Leute, die die Wähler der Parteien denken,

715 Millionen Goldmark!

heimlich und leis verschoben hatten. Durch eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, der eine ähnliche des freien Bergarbeiterverbandes an das Ministerium vorausging, kam das standeslosste nationale Schachergeschäft ans Tageslicht, das je die politische Atmosphäre veräuferte.

Herr Reichsfinanzminister, heute Außenminister, Stresemann, der ehemalige Unternehmerrindus, hat auf eigene Faust den Unternehmern im Ruhr- und Rheingebiet brüchlich und heimlich eine ausreichende Entschädigung für „ihre Verluste“ durch den Ruhrkampf und durch die Mißamverträge versprochen, während er öffentlich erklärte, das Reich werde und könne solche „Entschädigungen“ niemals zahlen. Später erklärte der heimliche Wahlanruf der Unternehmer, in dem jeder Profitstreifer verpflichtet wurde, auf jeden Kopf seiner Wertescheiter mindestens zwei Mark in die Wahlkiste zu geben. Dieser Wahlfonds unterstützte dann jeden nationalen Kandidaten, der sich verpflichtete, die Interessen der Ausbeuter zu vertreten. So kaufte sich der Geldhad die Reichstagsabgeordneten und so wurde aus politischen Parteien ein korruptes Kontingent von Geschäftspolitikern. Von den 715 Millionen sind bereits an die großen Ausbeuter 655 Millionen ausgezahlt worden und es ist bezeichnend, daß die nationalen Männer es ablehnten, daß nun erst die Arbeiter, Angestellten und Beamten entschädigt werden sollten. Für die Arbeiter, Beamten und Angestellten gilt eben der Satz des Herrn Schlieben, daß sie ein beschriebenes Leben führen müssen. Die neue Regierung — eine föhliche Frucht der farnevalistischen Eitelkeitsopposition — ist eben eine Regierung, die a u s f ü h r t, was der konservative Heidebrand einmal brutal und offen sagte: Wir stellen uns vor das Portemonnaie der Beschädigten. Wie sehr es den Bolschewiken nur auf den Klamant ankommt, beweisen sie auch bei dieser Gelegenheit. Ihr Redner, der vom deutschen Offizier so begehrte Kriegsberichterzähler Stöber, lobte während gegen die sozialdemokratischen Entschädiger der nationalen Schiebung. Um seine Freunde in der Regierung zu entlasten, machte er ein Abletungsmandat. Er wollte die weitere Blödielung der Schieber durch das Plenum des Reichstags verhüten und brachte in der Kommission ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein. Das Mandat war so plump, um nicht durchschaut zu werden, es wurde rundweg abgelehnt. Die Annahme hätte übrigens ungefähr die Wirkung gehabt, die der beltsende Waps auf den Mond ausübt. Sie kommt nicht darum herum, die „Opposition des lächerlichen Mantels“ — vor aller Welt wird es offenbar, welche Regierung die Bolschewiken in Deutschland ans Ruder gebracht haben.

Das Gesicht an die Großindustriellen ist ein um so größerer Stachel, als dieselben Leute schon während des Ruhrkampfes riesige Kredite bekamen, ohne sie wieder zurückzugeben. Die ihnen vom Reich gegebenen Vohgelber sind teilweise nicht ausgezahlt, sondern im Ausland angelegt worden. Unsere Kollegen Rheinischer, die man mit den Bajonetten zur Arbeit zwingen wollte, mußten unter Einbuße ihrer Effekten flüchten und warten nun Teil nach heute auf eine kleine Entschädigung, die in keinem der bisher geregelten Fälle an den Verlust heranreicht. Seit Jahr und Tag gehen die Kohlen- und Eisenbarone mit ihren „großen Verlusten“ und Mißamlasten haushieren, haben mit Hilfe der Regierung den 12-Stunden-Tag durchgesetzt und jede Lohnerhöhung verweigert. Sie haben es zu großen Streiks kommen lassen, weil sie angeblich keine Mittel hatten, die Forderungen zu bewilligen und ihr Wirtschaftlichkeit riefen seit Dezember 1923 die Goldmillionen in ihre Kassen.

Und die Regierung schmeig zu all diesen Tugenden und Sabotageakten an der deutschen Wirtschaft. Herr Stresemann soll froh sein, daß es ein Republikstuhlegeh gibt — Wir hielten es für notwendig, die ersten Taten der rechtsbolschewistischen Regierung hier aufzubewahren. Es ist nun kein Zweifel mehr, daß eine Rechtsregierung stets eine kapitalistische, stets eine arbeiterfeindliche, stets eine Kampfregerung gegen die aus der Tiefe zum Licht strebende freie Arbeiterregierung ist. Was wir stets behaupteten und was die Luther und Kumpare nach Kräften beweisen. Den nötigen Schluß mögen unsere Mitglieder selbst ziehen.

Der Preussische Landtag wählte mit 221 Stimmen der Republikaner gegen 175 rechtsbolschewistische und 39 linksbolschewistische Stimmen den alten Ministerpräsidenten Braun wieder.

Das Recht auf Tariflohn.

In der vorigen Nummer unseres Organs machten wir aufmerksam auf die dem Geist der Verordnung vom 21. Dezember 1918 höhnischprende Praxis der Gerichte, die Unabdingbarkeit der Tarifverträge auf den Kopf zu stellen. Zu diesen Gerichten zählt auch das Gewerbegericht der Amshauptmannschaft Grimma. Unter dem Vorsitz des Regierungsrates Zimmermann wurde ein Urteil gefällt, gegen das härtester Protest erhoben werden muß — nicht nur wegen des besonderen Falles, sondern weil wir es für notwendig halten, daß die Gerichte, die gegen die Unabdingbarkeit der Tarifverträge eingestuft sind, zur Ordnung gerufen werden. Der Fall aus Grimma wird uns wie folgt geschildert:

Zwischen dem Arbeitgeber-Verband für das Fuhr- und Verkehrsgewerbe und dem Deutschen Verkehrsband wurde am 3. Mai 1924 ein Tarifvertrag abgeschlossen, der räumlich den Schlichtungsbezirk Leipzig und einige thüringische und preussische Orte umfaßt. Die Rechts-

